Macht die Betriebe mobil gegen faschistische Reaktion!

W.G. Hennigsdorf, ein Beispiel für die Antifaschistische Aktion — Betriebe für Massenstreik gegen Terror und Sozialreaktion!

Der Sturm der Nazis auf das „Vorwärts“-Gebäude hat erneut insbesondere zahlreichen sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern die Größe der faschistischen Gefahr gezeigt. Ungeheuer war die Empörung am gestrigen Tage in allen Berliner Betrieben. Ungeheuer gewachsen ist aber auch der Wille, dem faschistischen Terror in geschlossener Kampffront des gesamten Proletariats entgegenzutreten.

Das schlagendste Beispiel dafür, wie der gemeinsame Kampf in gemeinsame Kampfhandlungen umgesetzt wird, lieferte die Belegschaft der W.G. Hennigsdorf. Bereits ab 6 Uhr morgens wurden revolutionäre Flugblätter vor dem Betrieb verteilt, die die Belegschaft aufforderten, eine Protestaktion gegen den Naziterror durchzuführen. Um 7 Uhr mobilisierten sofort die revolutionären Funktionäre die Belegschaft zu einer gemeinsamen Versammlung im Betrieb. Ungefähr 800 Arbeiter und Arbeiterinnen, das sind etwa zwei Drittel der gesamten Belegschaft, leisteten dem Kuze Folge. Unter ihnen befanden sich ein außerordentlich großer Teil freigewerkschaftlicher Kollegen und SPD-Funktionäre.

Nur der Obmann der freien Gewerkschaften im Betrieb und einige besonders feste Anhänger der W.G.-Politik erklärten, daß sie erst zur Lage Stellung nehmen müßten und hielten während der Versammlung eine besondere Konferenz im Betriebsratssitzungszimmer ab. Bezeichnend ist es, daß ein großer Teil der SPD-Funktionäre sich nicht an dieser Sonderkonferenz, sondern an der gemeinsamen Betriebsversammlung beteiligte. Aber auch die übrigen freigewerkschaftlichen Funktionäre beschloßen, am heutigen Tage eine erneute Funktionäreversammlung abzuhalten, um ausführlich zur Herstellung der Einheitsfront im Kampfe gegen den Faschismus Stellung genommen werden soll.

Die Versammlung der Belegschaft während der Arbeitszeit gestaltete sich zu einer wichtigen Demonstration für den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, für die Organisierung der Antifaschistischen Aktion. Einmütig wurde eine Entschlieung angenommen, die die Organisierung des Proteststreiks gegen den Nazi-Terror fordert und die an anderer Stelle des Blattes abgedruckt ist.

Das Vorgehen der W.G. Hennigsdorf muß alle anderen Betriebe ebenfalls aufreizen. Am heutigen Tage noch müssen während der Arbeitszeit die Belegschaften zusammentreten, um auch ihrerseits Kampfbeschlüsse zu fassen. Politischer Massenstreik ist die gegebene Antwort der Belegschaften auf den verhassten faschistischen Terror. Es darf keinen Betrieb geben, der nicht heute sofort seinen Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion wählt. Wenn die Arbeiter in Betrieben, Stempelstellen und Wohngebieten geschlossen zusammenstehen und den Kampf organisieren, dann ist es zu Ende mit dem faschistischen Terror.

Wir fordern alle Arbeiter, insbesondere auch die Arbeiterkorrespondenten auf, uns morgen ausführliche Berichte über die Stimmung in ihren Betrieben und über jede Kampfmaßnahme, die von der Belegschaft getroffen wird, unverzüglich Bericht zu erstatten.

Weitere Betriebsbeschlüsse

Gestern, nach Betriebschluß, fand eine Belegschaftsversammlung des Automobilwerkes Citroen in Halle statt, die von 50 Prozent der Belegschaft besucht war. Ein Vertreter des Einheitsverbandes der Metallarbeiter sprach zu den Kampfaufgaben gegen faschistischen Terror. Nach lebhafter Diskussion, in der auch ein Mitglied der Nazi-Partei sprach, wurde gegen die Stimmen von zwei Nationalsozialisten eine Entschlieung angenommen, die zu einem 24stündigem Proteststreik gegen den faschistischen

Terror auffordert. Gleichzeitig wurde in der Resolution der Kampf gegen die Papenischen Notverordnungen beschlossen.

Auch die Belegschaft des Betriebes Kromschroder AG. in Charlottenburg fordert in einer Entschlieung alle Berliner Betriebe zum 24stündigem Proteststreik auf.

Proteststreik der Breslauer Brikettfabrik

Am Freitag hat die Belegschaft der Steinkohlenbrikettfabrik Breslau den einstündigen Proteststreik gegen den blutigen Terror der SA-Banden beschlossen und sofort einmütig durchgeführt.

In der Breslauer Straßenbahnwerkstatt fand nämlich der Nordüberfall der Nazis am Freitag während der Arbeitszeit eine Arbeiterratsung statt, die beschloß, sofort nach Arbeitschluß eine Belegschaftsversammlung durchzuführen. In der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die verlangt, daß unverzüglich der Proteststreik für alle Breslauer Gemeindefabriken organisiert wird. Es heißt in der Resolution: „Die Straßenbahnen sind sich darüber einig, daß bei weiterer tatlosen Zusehen des W.G.B. sie zur Selbsthilfe gezwungen werden“.

Guter Streiterfolg bei Raß

Die rote Einheitsfront führt zum Erfolg

Der Streik der Bügler bei Raß, von dem wir bereits berichteten, hat zu einem guten Erfolg geführt. Bei der heutigen Verhandlung, zu denen der Unterlegte, wurde folgendes Ergebnis inhaltlich festgelegt: Maschinensüßler 15 Prozent Lohnhöhung, Handbügler 5 Prozent, Aermelreiniger 15 Prozent Lohnhöhung.

Anßerdem wurde Arbeitszufälle in Höhe von 5 bis 10 Prozent festgelegt. Das Arbeitszufälle gilt als nicht unterbrochen, alle ausgesprochenen Kündigungen wurden zurückgenommen. Der letzte Streiktag wird voll bezahlt.

Was ist die Ursache dieses Streiterfolgs im größten Berliner Konfektionsbetrieb? — In der roten Einheitsfront haben die W.G.-Kollegen gemeinsam mit den freigewerkschaftlichen und Industrieverbanden beschlossen den Streik durchzuführen, obwohl der Verhandlungsleiter Raß sich dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband die Sanktion des Streiks ablehnte. Daraufhin hat das Arbeitsamt sofort versucht, Streikbrecher zu vermitteln. Am Sonnabend früh versuchte Raß, den freigewerkschaftlichen Mit-

gliedern ein Ultimatum zu stellen: „Entweder geht ihr arbeiten, oder ihr meldet euch erwerbslos.“ Er stieß jedoch auf den stärksten Widerstand der Betriebsamtsmitglieder.

In der Streikversammlung am Sonnabend sprachen sich die freigewerkschaftlichen Kollegen erneut für die einheitliche Streikfront unter Führung des roten Betriebsratsvorsitzenden aus. Es wurde in dieser Versammlung einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die streikenden Bügler sind empört, daß der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband durch das Arbeitsamt Vorschub leistet. Die Versammlung begrüßt die Stellungnahme der freigewerkschaftlichen Kollegen, die weiter geschlossen in roter Einheitsfront im Streik bleiben.“

Dieser Streiterfolg, der den Bemühungen der W.G. zur Schaffung der roten Einheitsfront zuzuschreiben ist, ist das Zeichen, wie in allen Betrieben der Bekleidungsindustrie und aller anderen Industriezweige der Kampf um Lohn und Brot als Teil der Antifaschistischen Aktion organisiert werden muß.

Ein Sieg der kämpfenden Einheitsfront

Glänzender Verlauf der Wuppertaler Betriebsrätekonferenz

Düsseldorf, 27. Juni. (Sig. Drahtbericht.) Die Betriebsrätekonferenz der Wuppertaler Betriebe, die am Sonnabendabend im Gewerkschaftshaus Wuppertal tagte, wurde zu einem gewaltigen Erfolg der kämpfenden Einheitsfront zur Durchführung der Antifaschistischen Aktion, gegen Notverordnungsdictatur, Unternehmerwillkür und Faschismus.

170 Betriebsdelegierte aus 27 Betrieben waren erschienen. Alle entscheidenden Betriebe der Wuppertaler Textilindustrie, die W.G.-Bemser, Wortke, Schürker und Laag hatten, die Vertreter entsand. Die Konferenz war sowohl der Zusammensetzung wie dem Verlauf nach ein Spiegelbild des gewaltig ansteigenden Einheitswillens der gesamten Wuppertaler Arbeiterschaft und der Ausbreitung des gewachsenen Kampf- und Siegeswillens der Wuppertaler Betriebe.

Der Schwung der Einheitsfrontbewegung zeigt sich darin, daß von den Betriebsvertretern allein 21 Betriebsratsvorsitzende, 51 Betriebsratsmitglieder und 10 Betriebsräte waren. Der politische Zusammenhang war ebenfalls bemerkenswert. 24 Sozialdemokraten, 46 Kommunisten, 68 Parteilose und Christen, 7 SA-Mitglieder und ein Syndikalist. Von diesen war der überwiegende Teil gewerkschaftlich organisiert, und zwar: 36 im Deutschen Textilarbeiterverband, 10 im Gesamtverband, 4 im D.M.V., 58 in der W.G.

Auf der Konferenz waren auch die örtlichen Vorstände der reformistischen Gewerkschaftsverbände erschienen, aber alle Anwesenden standen unter dem Eindruck, daß diese nicht gekommen

waren, um die Einheit zu fördern, sondern um die kämpfende Einheitsfront zu sprengen. Aber alle Sprengungsversuche scheiterten, so daß den reformistischen Führern weiter nichts übrig blieb, als mit einem Bruchteil der Anwesenden die Konferenz zu verlassen.

Einstimmig wurde nach einer glänzenden Ansprache ein Aufruf angenommen an die Arbeiterschaft von Wuppertal und des Niederrheins. Dieser Aufruf ist nicht nur ein Kampfpapier, sondern enthält die notwendigen Maßnahmen, die umgehend von der gesamten Arbeiterschaft in allen Betrieben ergriffen werden müssen, um den Einheitskampf der Wuppertaler Arbeiter, der so erfolgreich begonnen hat, weiterzutragen und zum siegreichen Ende zu führen.

Mit lebhaftem Beifall begrüßte die Konferenz den Aufruf des SA, der zur Schaffung der kämpfenden Einheitsfront. Der Beschluß der W.G. zur Schaffung eines 24stündigen Proteststreiks gegen die Notverordnungsdictatur, gegen Lohnabbau und den Mitterterror der Faschisten sowie auf Vorbereitung des politischen Massenstreiks ist richtiggehend für die gesamte Arbeiterschaft des Niederrheins.

Der Kampfauftrag gibt die kurze Analyse der politischen Lage und fordert die sofortige Organisation und Durchführung gemeinsamer Belegschafts- und Stempelstellenversammlungen der sozialdemokratischen, christlichen, gewerkschaftlich organisierten und W.G.-Arbeiter, Schaffung von gemeinsamen Kampfausschüssen und Streikleitungen auf breiter Einheitsfrontgrundlage zur Vorbereitung von Streiks gegen Lohnabbau und politischen Massenstreik. Ferner wird gefordert die Bildung eines Einheitsausschusses und Durchführung gemeinsamer Mitgliederversammlungen der freien Gewerkschaften, christlichen Gewerkschaften und W.G., Mobilisierung aller Arbeiter für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen den imperialistischen Krieg.

Sieg im D.M.V. Düsseldorf

Düsseldorf, 27. Juni. (Sig. Drahtbericht.) Bei den Wahlen zum D.M.V.-Verbandstag erhielten: Opposition 480 Stimmen, Reformisten 226 Stimmen. Das ist das Ergebnis aus 10 Wahllokalen von insgesamt 14. Von diesen 10 hat die Opposition die alleinige Mehrheit in 4 Wahllokalen, in einem außerdem die Mehrheit. Die Mehrheit wurde erzielt in den vier wichtigsten Arbeiterbezirken und Freizeitanlagen, Gerresheim, Oberbilk und Freiheit.

Innengewerkschaftliche Niederlage des Spalters Galm

Der zur SWP-Führerschaft übergegangene Brandler Galm (Offenbach) ist Bevollmächtigter der dortigen Zunftstelle des Sattler- und Portefeuilerverbandes. Infolge seiner Hege gegen die SPD und seiner Sabotage der roten Einheitsfront verlor er auch unter den Sattlern und Portefeuilern immer mehr an Einfluß. Das zeigte sich in der letzten Mitgliederversammlung des Verbandes, wo Galm gegen die Wahl der Verbandstagsdelegierten, wie gegen die Oppositionsliste mit aller Schärfe Stellung nahm. Doch mit 91 gegen 68 Stimmen beschloßen die Mitglieder die Urabstimmung wie die nötige Unterstützung der oppositionellen Liste.

Diese Niederlage Galm zeigt, daß sich der Wille zur Herstellung der dreifachen antifaschistischen Front auch gegen die spalterischen SWP-Führer durchsetzt.

Nazis als Streikbrecher gestellt

In Karlsruhe streiken die Möbeltransportarbeiter. Die Zentralfirma Hof wandte sich an den Führer der Nazis, Plattner, und forderte von dort Streikbrecher an. Dieser Plattner schickte daraufhin dem Unternehmer einige SA-Leute, die jetzt dort Streikbrecherei machen. Als einige Transportarbeiter Plattner auf die Beude rückten und von ihm verlangten, er möge doch die SA-Streikbrecher zurückziehen, fing er an, in der gemeinsten Weise die streikenden Arbeiter zu beschimpfen.

Dieser Fall ist wiederum ein Beweis dafür, daß die Hitlerpartei den Faschisten nicht nur die Soldknechte der SA, sondern auch die Streikbrecher stellt.

Buchdrucker-Streik in Saarbrücken

Saarbrücken, 25. Juni. Heute fand die Belegschaft der katholischen „Saarbrücker Landeszeitung“, des „Saarbrücker Abendblattes“ und der Saarbrücker in den Streik getreten. Das „Saarbrücker Abendblatt“ ist heute mittag nicht mehr erschienen.

Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses ist ein dreiprozentiger Lohnabbau ausgesprochen worden. Die Druckereibelegschaft hatten diesen durch Urabstimmung abgelehnt. Auf Grund der Kampfschloffenheit der graphischen Arbeiter haben einige Firmen entgegen dem Beschluß des Zeitungsverlegervereins die alten Löhne weitergezahlt. In den übrigen Betrieben sind die Arbeiter entschlossen, durch ihren geschlossenen Streik den Lohnabbau ebenfalls abzuwehren.

Bauarbeiter Groß-Berlins!

Erscheint ohne Unterschied eurer Organisationszugehörigkeit zur

öffentlichen Bauarbeiter-Kundgebung am Dienstag, dem 28. Juni 1932, 19 Uhr, im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain

Hafenarbeiter streiken

Köln. (Sig. Meld.) Die unständigen Hafenarbeiter in den Häfen Köln, Deutz, Mühlheim befinden sich seit Dienstag 9,30 Uhr in der Woche haben sie den jämmerlichen Lohn von 8,50 Mark erhalten. Die händigen Hafenarbeiter haben bisher nur 44,20 Mark in der Woche erhalten. Sie sollen jetzt nur gar noch 42,50 Mark bekommen. Die unständigen Hafenarbeiter streiken reiflos. Streikposten sind aufgestellt.

Der Streik der Hafenarbeiter steht unter Führung des Einheitsverbandes der Seleute, Hafenarbeiter und Binnenfahrer. Es wurde ein Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion gewählt, dem sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter angehören.

Zur Führung des Streiks wurde eine 17köpfige Streikleitung gewählt, die sich aus Kollegen des Einheitsverbandes und des reformistischen Gesamtverbandes zusammensetzt.

Industrie-Gruppe Nahrungsmittel und Getränke: 30. Arbeitslosen-Gruppe: 19 Uhr, bei Saalbau, Eifelstraße 20. Arbeitslosen-Gruppe: 19 Uhr, bei Saalbau, Eifelstraße 20. Arbeitslosen-Gruppe: 19 Uhr, bei Saalbau, Eifelstraße 20.

W.G.B.: Alle Versammlungen der Arbeiterklasse fallen heute aus. Die Mitglieder werden aufgefordert, sich reiflos an der Kundgebung im Saalbau Friedrichshain zu beteiligen, die von der Antifaschistischen Aktion des W.G.B. einberufen ist.